



JHA

über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Montag, dem 28.06.2021
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Alexandra Bartosch
Frau Christiane Klanke
Frau Ulrike Skodd

CDU

Frau Sarah Grüneberg
Herr Andreas Sude
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen
Frau Christina Kollmann

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Martin Brandhorst
Frau Tanja Brückel
Herr Christoph Hoch
Herr Helmut Krause
Herr Martin Kusber

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. a-I der Satzung für das Jugendamt

Frau Anja Bolz
Herr Johannes Gibbels
Frau Elke Kappen

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. m der Satzung für das Jugendamt

Herr Dennis Kobus
Frau Ruthild Lindemann-Opfermann
Herr Alfred Mallitzky

Verwaltung

Frau Lisa Drescher
Frau Marion Herzig
Frau Karin König
Lars Schulze

Entschuldigt fehlten

Herr Tim Borowy
Herr Hans-Jörg Brand
Frau Gülüzar Dogan
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Susanne Hartmann
Frau Sigrid Köhler
Frau Birgit Körfer
Herr Benedikt Kötter
Herr Ralf Langner
Frau Antje Schnepfer
Herr Martin Volkmer

Frau **Klanke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2021 und stellte die Beschlussfähigkeit fest.
Sie begrüßte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die Beschäftigten der Verwaltung sowie die Gäste und Pressevertreter.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bericht des Kinderschutzbundes über Pandemiefolgen für Kinder	
3	Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß § 48 KiBiz	101/2021
4	Einführung eines elektronischen Anmeldeverfahren im Bereich der Kindertagesbetreuung	102/2021
5	Trägerschaft der neuen KiTa im Bereich Kamen-Südkamen	103/2021
6	Vorstellung der Sommerferienangebote 2021	
7	Städtische Spielplätze unter dem Gesichtspunkt der Inklusion hier: Antrag der Fraktion Freie Wähler	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Frau **Klanke** eröffnete die Einwohnerfragestunde. Stellvertretend für eine anwesende Skatergruppe stellte Herr Christoph Kleint (ansässig In der Aue 9, 59174 Kamen) eine Frage zum Neubau und Mitwirkung des Skateparks im Postpark. Frau **Kappen** bestätigte die Wichtigkeit und Aktualität der Skaterszene. Bereits im Vorfeld habe es zu dem Thema ein persönliches Gespräch mit Frau Kappen und den aktiven Sportlerinnen und Sportlern gegeben. In diesem Gespräch sei auch erörtert worden, ob die zur Verfügung stehende Fläche des Postparks ausreichend sei, um eine Investition zur zeitgemäßen Sanierung zu tätigen. Aus diesem Gespräch nahm Frau Kappen die Information mit, dass der Postpark aufgrund der guten Erreichbarkeit ideal sei. Der Rat der Stadt Kamen habe dem entsprechenden Antrag auch einstimmig zugestimmt. Die Sanierung des Postparks werde zügig angegangen. Der Verwaltung sei die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei dem Projekt besonders wichtig. In diesem Zusammenhang ermutigte Frau Kappen die Interessierten ihre Anregungen und Erkenntnisse offen mitzuteilen.

Zu TOP 2.

Bericht des Kinderschutzbundes über Pandemiefolgen für Kinder

Frau **Dipl. Päd. Dr. Henriette Schildberg** und Erziehungswissenschaftlerin **B.A. Hannah Westermann** vom Kinderschutzbund - Kreisverband Unna berichteten über die Pandemiefolgen für Kinder. Zusammenfassend sei aufgrund des Lockdowns eine Zunahme von Cybermobbing und sexualisierter Gewalt zu verzeichnen. Eine mögliche Erklärung könne die gestiegene Mediennutzung sein. Durch Homeschooling, Langeweile, geschlossene Freizeitmöglichkeiten und das Pflegen von sozialen Kontakten sei eine deutliche Zunahme der Mediennutzung durch Kinder erkennbar. Viele Kinder litten an Depressionen, Suizidgedanken und Angststörungen. Eine Zunahme sei auch hier zu verzeichnen. Nach Einschätzung des Kinderschutzbundes werde es viel Zeit in Anspruch nehmen, die Kinder fachärztlich zu behandeln.

Frau **Bartosch** erkundigte sich, wie der Kinderschutzbund mit der Vielzahl an Beratungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern umginge.

Frau **Dr. Schildberg** antwortete, dass bereits viele Anfragen durch telefonische Beratungen abgefangen werden und man versuche, innerhalb von 4 Wochen einen Beratungstermin anzubieten. Weiterhin gebe es eine Kooperation mit anderen Beratungsstellen, sodass sichergestellt sei, kein Kind zu vernachlässigen. Bei suizidalen Gedanken erfolge unverzüglich eine Terminvergabe.

Herr **Kobus** bedankte sich bei Frau Dr. Schildberg und Frau Westermann für den Vortrag und fragte, welchen Appell oder Ansatzpunkte es für den Jugendhilfeausschuss gäbe?

Frau **Dr. Schildberg** antwortet, dass man thematisieren müsse, wie pädagogische Einrichtungen z.B. Schulen krisenfester durch eine Pandemie gehen. Darüber hinaus sei es hilfreich, Angebote zu entwickeln, damit Kinder auch außerhalb der Familie Ansprechpartner*innen haben. Weiterhin wünsche sie sich, dass der Austausch zwischen Schulen und Kindern flächendeckender ausgebaut werde.

Frau **Kappen** sagte zu, die Anregungen mitzunehmen und für diese Themen zu sensibilisieren. Gleichwohl verwies Frau Kappen auf die bestehenden Arbeitskreise in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sowie weiterführenden Schulen der Stadt Kamen. Hier werde mit großen Engagement versucht Kontakt zu den Schüler*innen zu halten.

Herr **Gibbels** bestätigte, dass man hochsensibel und Tag für Tag überlege, wie man Kinder wieder in Gruppen, Sport und Bewegung bringe. Hierzu wurde unter anderem die Plattform „Discord“ entwickelt, um Jugendliche in Gruppen zu erreichen.

Frau **Dr. Schildberg** lobte die Ideen und Umsetzung der Stadt Kamen.

Zu TOP 3.
101/2021

Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß § 48 KiBiz

Frau **Kappen** verwies einleitend auf die Ankündigungen in Bezug auf die kinder- und familienunterstützenden Angebote in der Kindertagesbetreuung in den vorherigen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses. Durch diesen Beschlussvorschlag, der insbesondere beinhalte, städtische Finanzierungsmittel zur Aufstockung des Landeszuschusses für die dargestellten Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen, würden überhaupt erst bedarfsgerechte Maßnahmen angestoßen werden. In diesem Zusammenhang gab Sie jedoch auch zu bedenken, dass die praktischen Umsetzungen in den Kindertageseinrichtungen durch den bestehenden Mangel an zusätzlichen pädagogischen Fachkräften erschwert werden könnten. Dennoch sollten die geänderten Bedarfe der Familie, durch beispielsweise unterschiedlichste Arbeitszeitmodelle, erfasst werden, um entsprechende Angebote unterbreiten zu können.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Verfahren zur Verwendung der finanziellen Mittel für die Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2021/2022 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Einführung eines elektronischen Anmeldeverfahren im Bereich der Kindertagesbetreuung

Die angebotenen Softwareprogramme wären fortlaufend weiterentwickelt worden, so dass die anfänglichen Bedenken und Kritikpunkte an einem elektronischem Anmeldeverfahren weitestgehend ausgeräumt seien, so Frau **Kappen**. Ein wichtiges Element bei der Auswahl eines geeigneten Programmes für die Stadt Kamen stelle dabei die Erfüllung der Belange der Eltern und den Trägern dar. Jede Kita hätte ihr individuelles Profil und kennzeichnende Schwerpunkte aus denen die Eltern aufgrund transparenter Informationen die geeignetste Kita für ihr Kind finden sollen. Zudem dürfe ein persönliches beiderseitiges Kennenlernen nicht unterbunden werden. Die Verwaltung erhoffe sich durch einen zentralen Zugangspunkt sämtlicher Anmeldungen zudem eine Vereinfachung des Verfahrens für alle Akteure. Letztlich sollte ein Programm auch die örtliche Jugendhilfeplanung durch diverse Auswertungsmöglichkeiten unterstützen.

Frau **Heinrichsen** erkundigte sich, ob es für die Eltern neben einem online-basierten Zugang auch alternative Zugänge zum zentralen Anmeldeverfahren gäbe.

Frau **Kappen** antwortet, dass dies in die Programmanforderungen einfließe, so dass auf Wunsch der Eltern die Ansprechpartner in den Kitas als auch die Mitarbeitenden des Jugendamtes die Möglichkeit hätten, die Dateneingaben zu tätigen. Auch könnte dies zusätzlich in der Villa FiB im Rahmen eines niederschweligen Beratungs- und Unterstützungsangebotes erfolgen.

Herr **Krause** fragte nach Programmeinführungen anderer Nutzer und regte an, deren praktische Erkenntnisse bei der anstehenden Programmauswahl miteinfließen zu lassen.

Herr **Gibbels** teilte darauf mit, dass bereits einige Kommunen auf derartige Anmeldeverfahren setzen. Im Rahmen der Marktsichtung würden dann auch weitere Kontakte zu Praktikern erfolgen, um sich dann noch tiefgreifender über deren Erfahrungswerte mit dem Programm auszutauschen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, eine geeignete Lösung für die Einführung einer Software zur Online-Anmeldung im Bereich der Kindertagesbetreuung (Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege einschl. Online-Portal) vorzubereiten und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
103/2021

Trägerschaft der neuen KiTa im Bereich Kamen-Südkamen

Herr Gibbels informierte den Ausschuss darüber, dass als Träger für eine weitere Kamener Kita zunächst der Verein „Waldorfkindergarten Kamen e.V.“ vorgesehen gewesen wäre. Dieser könnte sich jedoch den Betrieb einer vierzügigen Einrichtung auf der Grundlage von ehrenamtlichem Engagement nicht vorstellen, weshalb der Verein von sich aus vom dem Projekt Abstand genommen hätte.

Es eröffnete sich anschließend die Möglichkeit das Deutsche Rote Kreuz als Träger gewinnen zu können. Bis zur Fertigstellung des Neubaus würde die Kita in einer Dependence zur DRK-Kita „Monopoli“ geführt und voraussichtlich bereits zum 01.08.2021 mit 1,5 Gruppen den Betrieb aufnehmen.

Zu TOP 6.

Vorstellung der Sommerferienangebote 2021

Herr **Gibbels** präsentierte das Sommerferienangebot 2021. Das Sommerlernen solle im Wesentlichen die Belastung aus der Zeit der Isolation abfedern und Kinder bei der Aktivierung, Bewegung und Lernbereitschaft innerhalb der Sommerferien unterstützen. Das Sommerferienangebot bestehe aus einer Vielzahl an umfangreichen Programmen und Angeboten wie z.B. digitale Werkstatt, gemeinsame Kunstprojekte, individuelle Lernwerkstätten, mobiles Planetarium. Teilnehmen können Schüler*innen der 3. und 4. Klasse der Grundschulen. Die Teilnehmerzahl sei auf max. 30 Schüler*innen begrenzt. Die Lerngruppen bestehen aus mehreren Kleingruppen, sodass eine effektive Lernbetreuung der Schüler*innen sichergestellt sei.

Frau **Brückel** erkundigte sich, ob das Programm schon fix sei, da das gemeinsame Essen für Kinder sehr wichtig sei und sowohl die Kinder als auch Gemeinschaft stärke. Sie bat darum, darüber nachzudenken, dies noch mit in die Pläne einzubinden. Herr Gibbels antwortet, dass man sich dies sehr gut vorstellen könne und versuche, das Programm umzustellen, um z.B. ein gemeinsames Frühstück anzubieten.

Zu TOP 7.

Städtische Spielplätze unter dem Gesichtspunkt der Inklusion
hier: Antrag der Fraktion Freie Wähler

Frau **Klanke** erteilte Herrn **Kobus** das Wort. Die Beschlussvorlage sah vor, dass bei ausstehenden Modernisierungen oder Neuplanungen von Spielflächen der Aspekt der Inklusion zu berücksichtigen sei. Der Antrag solle als Erweiterung des am 18.06.2020 einstimmig vom Rat angenommenen Beschlussvorschlags der SPD Fraktion aufgenommen werden. Frau Bartosch verwies auf diese Beschlussvorlage vom 18.06.2020 und führte aus, dass bei Modernisierungen und Neuplanungen von Spielplätzen der Aspekt der Barrierefreiheit und Inklusion explizit berücksichtigt werde. Der gestellte Antrag wurde daraufhin zurückgezogen.

Frau **Kappen** teilte mit, dass es sinnvoll sei in einem der nächsten Jugendhilfeausschüsse vorzustellen was es konkret bedeutet, inklusive Spielplätze neu anzulegen und zu gestalten, insbesondere in Bezug auf Barrierefreiheit

und Spielgeräten. Frau Kappen sagte zu, die Thematik mitzunehmen und Kollegen*innen mit einzubinden, die sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Die Ergebnisse sollen dann im JHA präsentiert werden.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Frau **Kappen** kündigte 2 Mitteilungen der Verwaltung an. Sie verwies mit dem Hinweis auf den Kinderschutzbund noch mal auf die gemeinsam beschlossene Aktion „Kamen bewegt“, in der es z.B. um die Übernahme von Vereinsbeiträgen bei Neumitgliedern gehe.

Als zweite Mitteilung erklärte Frau Kappen, dass der LWL für Jugendhilfeausschüsse ein kommunales Seminar sowohl für Neumitglieder als auch für bestehende Mitglieder anbiete. Konkret geht es um die besondere Rechtssituation von Jugendhilfeausschüssen innerhalb einer Kommune. Es gebe die Möglichkeit ein Inhouse Seminar für die Stadt Kamen zu veranstalten. Eine Abfrage zur Teilnahme erfolge über das Ratsbüro. Bei wenigen Teilnehmer*innen würde man versuchen eine kreisweite Lösung zu finden.

Anfragen

Frau **Grüneberg** führte aus, dass aufbauend auf das während der Corona-Pandemie vom Land NRW initiierte Programm (Alltagshelferinnen und Alltagshelfer in den Kindertageseinrichtungen), nun den eingesetzten Kräften ein Angebot zur Qualifizierung zur Kinderpflegerin und zum Kinderpfleger unterbreitet werden sollte. Sie stellte sodann die Anfrage an die Verwaltung, inwieweit dies in Kamen umgesetzt worden sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Da sämtliche Personalangelegenheiten in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Einrichtungsträger fallen, erfolgte an sie eine entsprechende Abfrage.

Im Ergebnis hat 1 Kita-Helferin das Angebot zur Anschlussqualifizierung angenommen.

Ergänzend werden die Ausführungen der Arbeiterwohlfahrt zu der vorgenannten Abfrage gekürzt wiedergegeben.

Die AWO Bezirk Ruhr-Lippe-Ems habe sich gemeinsam mit dem AWO Bezirk Westf. Westfalen, sehr intensiv mit den verschiedenen Optionen auseinandergesetzt. Grundsätzlich begrüße der Träger die Maßnahmen sehr. Dieser habe jedoch auch die Informationslage zu den Rahmen- und Ausführungsbedingungen zum Zeitpunkt der Antragstellung als unzureichend wahrgenommen, da viele Fragen offen geblieben wären. Daher habe der Träger sich nach Rücksprachen und Interessensbekundungen der beschäftigten Alltagshelfer und -helferinnen dazu entschieden, die Weiterqualifizierung zum Kinderpfleger/zur Kinderpflegerin in praxisintegrierter Form zu unterstützen. Im Bereich Kamen gebe es hierfür 2 Interessentinnen, die nach intensiver Beratung jedoch beide aus persönlichen Gründen einen anderen Weg gewählt hätten.

Künftig wird Herr **Hoch** nicht mehr dem Jugendhilfeausschuss angehören. Aus diesem Anlass dankte Frau **Klanke** ihm für sein langjähriges Engagement im Ausschuss und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

Frau **Klanke** schloss die Sitzung um 19.20 Uhr.

gez. Klanke
Vorsitzende

gez. Gibbels
Schriftführer